

Zusammenfassungen der Parteiprogramme für die Europawahl 2024

CDU – „Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt.“	2
SPD – „Gemeinsam für ein starkes Europa.“	4
Grüne – „Was uns schützt.“	6
Die Linke – „Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden.“	8
FDP – „Europa. Einfach. Machen.“	10
AfD – „Europa neu denken.“	12
BSW – „Programm für die Europawahl 2024“	13

CDU – „Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt.“

[\[Programm als PDF\]](#)

CDU / CSU fordern eine **Überprüfung des Green Deals** mit einem stärkeren Fokus auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, „Praxistauglichkeit“ und größere Wirtschaftsfreundlichkeit. Konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bleiben unklar, ein Klimaziel für 2040 wird nicht genannt. Auch die Förderung erneuerbarer Energien bleibt vage formuliert. Grundsätzlich positionieren sich CDU / CSU technologieoffen und setzen auf marktbasierte Instrumente. Sämtliche erneuerbaren Energien werden als gleichwertig betrachtet. Die Förderung von Kernfusion sowie die Unterstützung der Kernenergie („unverzichtbar“) wird explizit betont, ebenso wie die Ablehnung von Verboten umweltschädlicher Technologien. Das Verbrenner-Aus soll so schnell wie möglich revidiert werden.

CDU / CSU streben einen „Belastungsstopp“ für neue Regelungen an ("1 in, 2 out"-Regel). Das Planungsrechts soll vereinfacht und das Verbandsklagerecht abgeschafft werden. Ein Lieferkettengesetz wird abgelehnt.

Des Weiteren fordern CDU / CSU eine „Rückbesinnung“ auf das Subsidiaritätsprinzip und lehnen "überzogene Regeln" für die **Landwirtschaft** ab. Anstelle von Ordnungsrecht setzen sie auf Anreize und Unterstützung, insbesondere mit Blick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die eine starke ökonomische Säule haben soll. Die Förderung der Landwirtschaft und der Schutz vor Wölfen werden als prioritär betrachtet, während Klimaschutz und Biodiversität hinter wirtschaftlichen Interessen zurücktreten sollen.

Im Programm fehlt eine klare **Umweltpolitik**. Umweltschutz wird als „Versicherung für die Zukunft“ beschrieben sowie ein risikobasierter Ansatz in der Chemikalienpolitik vertreten, konkrete Maßnahmen zur Erreichung einer schadstofffreien und intakten Umwelt werden nicht genannt.

Kurzversion in Stichpunkten

- Bürokratieabbau: 1 in, 2 out - Wettbewerbsfähigkeits-Check und Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischer Belastung
- Verbrenneraus rückabwickeln
- Keine „überzogenen Regeln“ für die Landwirtschaft, Anreize und Unterstützung statt Ordnungsrecht, GAP mit starker ökonomischer Säule
- Klimaschutz mit Technologieoffenheit (alle EE gleichwertig) und Marktbasierten Instrumenten, risikobasierter Ansatz in Chemikalienpolitik
- Überprüfung der „Praxistauglichkeit“ von EU-Taxonomie und EGD, Green Deal mit größerer Wirtschaftsfreundlichkeit, „Belastungsstopp“ für neue Regelungen
- Förderung Kernfusion, Kernkraft unverzichtbar
- CCS und vor allem CCU stärken
- Ablehnung Lieferkettengesetz
- Vereinfachung des Planungsrechts und Abschaffung des Verbandsklagerechts
- Rückbesinnung auf Subsidiaritätsprinzip
- Absenkung des Schutzstatus des Wolfs

SPD – „Gemeinsam für ein starkes Europa.“

[\[Programm als PDF\]](#)

Die SPD setzt in ihrem Programm einen besonderen Fokus auf eine aktive Industriepolitik und die soziale Flankierung des Green Deals. Sie fordert massive Investitionen in sichere Energieversorgung, Infrastruktur und Innovation. Dabei unterstützt sie die Fortsetzung des Green Deals und plädiert zusätzlich für einen **sozialen Green Deal** für eine gerechte und sozial gestaltete Transformation, die auch einen feministischen Green Deal einschließt. Dabei sollen die Auswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen auf Frauen und marginalisierte Gruppen berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass Umweltpolitik inklusiv und geschlechtergerecht gestaltet wird. Die SPD unterstützt ein wissenschaftsbasiertes Treibhausgas-Reduktionsziel für 2040 (ein indirekter Verweis auf die 90-95% Empfehlung des ESABCC). Die SPD befürwortet die Stärkung des Emissionshandelssystems (ETS), einschließlich der Einführung eines ETS 2 für Gebäude und Verkehr ab 2027. Zudem unterstützt sie die Förderung energieeffizienter Wohngebäude, spricht sich jedoch gegen individuelle Sanierungspflichten aus und präferiert einen Quartiersansatz, was wir als problematisch einschätzen.

Ein starkes **Verkehrskapitel** umfasst die Förderung des Schienengüterverkehrs und den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Ziel ist es den Anteil des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf mindestens 40% zu erhöhen und bis 2030 mindestens eine Million öffentliche Ladepunkte für Elektrofahrzeuge zu schaffen.

Weiter will sich stark machen für eine aktive **Industriepolitik** mit massiven Investitionen in klimaneutrale Zukunftstechnologien. Dabei soll besonderes Augenmerk auf Zukunftstechnologien "Made in Europe" gelegt werden, wobei sie konkrete Fördermaßnahmen für europäische Innovationsprojekte vorsieht. Erklärtes Ziel ist außerdem der Aufbau einer europäischen **Kreislaufwirtschaft**, mit dem Ziel, mindestens 70% der Materialien wiederverwertbar zu machen.

Die SPD betont die Bedeutung von Maßnahmen zum **Naturschutz** und fordert Vertragsverletzungsverfahren bei Nichteinhaltung. Sie will sich einsetzen für ein Gesetz zur Bodengesundheit und für ausreichende Mittel zur Naturwiederherstellung, auch im Rahmen der Agrarförderung. Konkret strebt sie an, bis 2030 mindestens 30% der europäischen Meeresflächen unter Schutz zu stellen und einen Ökolandbau-Anteil von mindestens 25% in der EU zu erreichen. Weitere Punkte des Programms umfassen die Ablehnung herkömmlicher Gentechnik und die Förderung sowie ergebnisoffene Prüfung neuer Gentechnikverfahren unter strengen Auflagen zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung.

Die SPD fordert zusätzliche Mittel für den **mehrfährigen Finanzrahmen** in EU-Politikbereichen mit europäischem Mehrwert. Sie plädiert für eine stärkere Unabhängigkeit von nationalen Regierungen durch die Einführung echter Eigenmittel anstelle von Beiträgen sowie die Verwendung von Einnahmen aus europäischen Policies. Des Weiteren setzt sich die SPD für **Bürokratieabbau** ein, ohne dabei Kompromisse bei Sozial-, Umwelt- und Sicherheitsstandards eingehen zu wollen.

Kurzversion in Stichpunkten

- Eindruck insgesamt: Starke Unterstützung für Fortführung, Stärkung und soziale Flankierung des Green Deals, Fokus auf Industrie und Kreislaufwirtschaft, allerdings recht wenig konkrete Forderungen, diese scheinen aber in einer Matrix hinterlegt zu sein -> dazu sollten wir weiter lobbyieren.

- Aktive Industriepolitik mit massiven Investitionen in klimaneutrale Zukunftstechnologien, sichere Energieversorgung, Infrastruktur und Innovation. Aufbau einer europäischen Kreislaufwirtschaft
- Förderung von Zukunftstechnologien "Made in Europe"
- Bürokratieabbau ohne Kompromisse bei Sozial-, Umwelt- und Sicherheitsstandards
- Unterstützung eines wissenschaftsbasierten Treibhausgas-Reduktionsziels für 2040
- Sozialer Green Deal mit gerechtem und sozial gestaltetem Wandel, feministischer Green Deal mit geschlechterspezifischer Überprüfung von Umweltvorhaben
- Stärkung des ETS, inkl. ETS 2 für Gebäude und Verkehr ab 2027
- Energieeffiziente Wohngebäude, jedoch gegen individuelle Sanierungspflichten (> Quartiersansatz)
- Starkes Verkehrskapitel: Förderung des Schienengüterverkehrs und Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität
- Konsequentes Vorantreiben von Maßnahmen zum Naturschutz und Vertragsverletzungsverfahren bei Nichteinhaltung
- Verabschiedung eines Gesetzes zur Bodengesundheit und Bereitstellung ausreichender Mittel für Naturwiederherstellung (auch im Rahmen der Agrarförderung)
- Ökolandbau-Ziel von 25 Prozent
- Ablehnung herkömmlicher Gentechnik und ergebnisoffene Prüfung neuer Gentechnik, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung
- 30 Prozent der europäischen Meeresflächen unter Schutz stellen
- Zusätzliche Mittel für den MFR in EU-Politikbereichen mit europäischem Mehrwert. Stärkere Unabhängigkeit von nationalen Regierungen, indem echte Eigenmittel anstelle von Beiträgen eingeführt werden.
- Einnahmen aus europäischen Politiken sollten dem EU-Haushalt zugutekommen.

Grüne – „Was uns schützt.“

[\[Programm als PDF\]](#)

Die Grünen setzen sich für eine umfassende und ambitionierte Klima- und Umweltpolitik auf europäischer Ebene ein, die sich auf die Energiewende, die Dekarbonisierung und den Schutz natürlicher Ressourcen konzentriert. Ihr Programm umfasst verschiedene Maßnahmen zur Förderung klimaneutraler Industrie, Kreislaufwirtschaft und nachhaltiger Rohstoffpolitik:

Die Grünen fordern eine Neuausrichtung aller **Industriepolitiken** auf Klimaneutralität. Dazu streben sie eine Infrastrukturunion an, die auf klimaneutralen Prinzipien basiert. Sie unterstützen die Schaffung europäischer grüner Leitmärkte für energieintensive Produkte. Ein europäisches Programm zur Dekarbonisierung der Industrie soll Unternehmen bei der Industriewende unterstützen. Dies umfasst den Einsatz von Klimaschutzverträgen und finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt. Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft soll mit gut bezahlten Arbeitsplätzen und Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten verbunden werden, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Öffentliche Beschaffungen sollen nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen.

Die Grünen haben einen Kurswechsel im Bereich **Kohlenstoffentnahme** eingeschlagen: Sie befürworten eine aktive Förderung von Carbon Capture, Utilization and Storage (CCUS) für schwer vermeidbare Emissionen, fordern aber einen europaweiten Regulierungsrahmen für diese Technologie.

In der **Klimapolitik** befürworten die Grünen wissenschaftsbasierte Zwischenziele (ein indirekter Verweis auf die 90-95% Empfehlung des ESABCC) und fordern eine Anpassung des Klimarahmens sowie des Emissionshandelssystems entsprechend. Dazu gehören ein klarer Reduktionspfad im europäischen Emissionshandel und die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ein.

Sie setzen auf europäische Zusammenarbeit im Bereich **erneuerbare Energien** und dem Aufbau eines europäischen Wasserstoffnetzes. Die Grünen setzen sich für einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien (insbesondere Windkraft-, Photovoltaik-, Solar- und Geothermieranlagen, Energiespeichern aller Art sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen) ein. Sie lehnen Atomkraft ab, befürworten jedoch die weitere Erforschung der Kernfusion.

Ihr Europaprogramm sieht den Aufbau einer **Kreislaufwirtschaft** ein, die die Wiederverwendung, Reparatur und das Recycling von Produkten fördert. Sie fordern Maßnahmen zur Stärkung ressourcenschonender Produkte und die Bekämpfung von Plastikverschmutzung. Dazu wollen sie das Recht auf Reparatur und die Einführung einer Ersatzteilkpflicht, um die Lebensdauer von Produkten zu verlängern und die Zerstörung von Neuwaren zu minimieren, einführen. Die Einführung von Mehrweg- und Pfandsystemen sowie die Förderung von Miet- und Leihdiensten für Produkte sollen Ressourcennutzung optimieren und Abfälle reduzieren. Zusätzlich ist geplant, verbindliche Ökodesignstandards für langlebige und reparierbare Produkte einzuführen, um geplante Obsoleszenz zu bekämpfen. Die Grünen machen sich außerdem stark für einen EU Critical Raw Materials Act, der die Rohstoffsicherheit stärken soll, indem Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzelnen Drittstaat begrenzt werden. Die Grünen plädieren für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik und fordern die Diversifizierung der Rohstoffquellen innerhalb der EU.

Im **Naturschutz** fordern die Grünen die Einführung des Nature Restoration Law, die Schaffung eines Naturschutzfonds und die Ausweisung von 30 Prozent der Land- und Meeresflächen als Schutzgebiete. Darüber hinaus setzen sie sich für den Schutz und die Wiederherstellung natürlicher

Kohlenstoffsinken ein. Die GAP soll stärker an Klima- und Umweltschutz ausgerichtet werden, außer befürworten sie die Einführung einer CO₂-Bepreisung bzw. ein Klimaziel im Landwirtschaftssektor. Sie streben eine Reduktion der Tierhaltung und den Ausbau ökologischer **Landwirtschaft** auf 25 Prozent bis 2030 an. Des Weiteren sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Nutzung von Holz als CO₂-Speicher zu fördern und die energetische Nutzung von Holz auf Rest- und Abfallhölzer zu beschränken.

Ein zentrales Anliegen der Grünen ist es, die **Transformation sozial zu gestalten**. Sie schlagen die Einführung von Klimageld und die Stärkung des Klimasozialfonds vor, um sozial Benachteiligte in der Klimakrise zu unterstützen.

Kurzversion in Stichpunkten

- Energie: 100% EE, Energieeffizienz, gegen Atom, aber Kernfusion weiter erforschen, Investitionen in grünen Wasserstoff
- Klimaneutralität sozial gestalten: Klimageld, Klimasozialfonds stärken
- Wissenschaftsbasierte Zwischenziele hin Richtung Klimaneutralität (nur 2035 wird genannt)
- Anpassung des Klimarahmens & ETS
- Industriewende: EU ready für Schlüssel- und Zukunftstechnologien
- machen und auf Klimaneutralität ausrichten (Beihilferecht,
- Wettbewerbsrecht, Bürokratieabbau, CCfD in allen Industriesektoren,
- grüne Leitmärkte schaffen)
- Kurswechsel bei CCS: Aktive Förderung von CCUS für schwer
- vermeidbare Emissionen, europaweiter Regulierungsrahmen
- Stärkung des Natur und Artenschutzes: Nature Restoration Law, Naturschutzfonds, 30 Prozent der Land- und Meeresflächen als Schutzgebiete, Schutz und Wiederherstellung nat. Senken
- GAP auf Klimaschutz ausrichten, CO₂-Bepreisung im
- Landwirtschaftssektor, Reduktion der Tierhaltung, 25 % ökologische
- Landwirtschaft bis 2030

Die Linke – “Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden.”

[\[Programm als PDF\]](#)

Die Linke hat ein ehrgeiziges Europawahlprogramm vorgelegt, das eine Reihe konkreter Maßnahmen für Umwelt, Klima, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit umfasst.

In der **Klimapolitik** strebt die Linke eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mindestens 70% bis 2030 im Vergleich zu 1990 an. Die Linke befürwortet die Schaffung eines größeren Klimasozialfonds, der dazu dienen soll, sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen bei der Bewältigung der sozial-ökologischen Transformation zu unterstützen.

Dazu sollen **erneuerbare Energien** massiv ausgebaut und fossile Brennstoffe schrittweise abgeschafft werden. Konkret plant die Linke, bis 2035 100 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu decken und den Verkauf von Verbrennungsmotoren bis 2028 zu verbieten. Sie spricht sich klar gegen Technologien wie CCS (Carbon Capture and Storage), Fracking und Atomenergie aus.

Den **Green Deal** der EU kritisiert sie als unzureichend, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Die Investitionsprogramme der EU werden als vorwiegend darauf ausgerichtet betrachtet, die Wettbewerbsfähigkeit der Konzerne zu verbessern und deren Gewinne zu maximieren, ohne eine grundlegende Veränderung in der Verteilung von Profiten und Löhnen herbeizuführen. Die Linke fordert daher eine umfassendere, sozial gerechte **Wirtschaftspolitik**, die das Wohl der Menschen vor Profite stellt und eine wirkliche ökologische Wende ermöglicht. Die Linke fordert eine Reform der Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe. Dazu sollen bei öffentlichen Ausschreibungen verstärkt soziale, arbeitsrechtliche und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Dazu fordert sie unter anderem eine Lockerung der Beihilferegeln und das Ende bzw. Ausnahmen von der europäischen Schuldenbremse, um Kommunen und Ländern finanzielle Spielräume zu geben, um sozial und ökologisch gerechte öffentliche Daseinsvorsorge zu organisieren.

Die Linke setzt sich für eine umfassende **Kreislaufwirtschaft** ein, die darauf abzielt, die Wegwerfkultur zu beenden und die Nutzung von Ressourcen zu optimieren. Sie fordert strengere Vorgaben für die Haltbarkeit von Produkten, um Sollbruchstellen zu vermeiden und die Lebensdauer von Produkten zu verlängern. Die Partei möchte Reparatur und Wiederverwendung fördern, anstatt Dinge wegzwerfen, und strebt an, Abfälle bestmöglich zu recyceln, um wertvolle Rohstoffe wieder in den Kreislauf zurückzuführen. Zentral für die Linke ist die Förderung einer nachhaltigen Produktionsweise, die auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Ressourceneffizienz setzt. Sie fordert außerdem die Ausweitung der Ökodesignvorgaben für Produkte, um Anforderungen an Lebensdauer, Reparierbarkeit und Recyclbarkeit zu schaffen und die Wiederverwendung von Materialien zu fördern. Des Weiteren sollen Abfallbehandlung und -entsorgung als Bestandteile der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand überführt werden.

Im Bereich der **Mobilität** setzt sich die Linke für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein, mit dem Ziel, bis 2030 einen Anteil von mindestens 30 % am Gesamtverkehrsaufkommen zu erreichen. Sie fordert die Schaffung neuer Produktionsstätten für Elektro- und Wasserstofffahrzeuge sowie den Ausbau transeuropäischer Eisenbahnnetze. Die Partei möchte auch die Subventionen für umweltschädliche Industrien und Konzerne streichen und stattdessen öffentliche Investitionen in nachhaltige Projekte und Arbeitsplätze lenken. Durch eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sollen die Kosten für die Transformation auf breitere Schultern verteilt werden.

Die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** der EU soll reformiert werden, um ökologische Leistungen stärker zu honorieren und die Subventionen an strenge Umwelt- und Tierschutzstandards zu knüpfen. Die Linke setzt sich für eine Abkehr von der intensiven Massentierhaltung und den Einsatz von Pestiziden ein und fordert stattdessen den Ausbau ökologischer Anbaumethoden und den Schutz der Biodiversität. Zudem soll die Unterstützung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe gestärkt werden, um die regionale Lebensmittelproduktion zu fördern und die Abhängigkeit von großen Agrarkonzernen zu verringern. Die Partei möchte den Einsatz von Glyphosat und anderen chemischen Pestiziden verbieten.

Im **Naturschutz** fordert die Linke eine Ausweitung von Natura 2000, um die Biodiversität zu erhalten und zu fördern sowie gefährdete Arten und Ökosysteme zu schützen. Um den Schutz der Meere voranzutreiben, fordert sie ein Verbot von Stellnetzen und Schleppnetzen sowie eine deutliche Reduzierung der Plastikverschmutzung in den Meeren. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, bis 2030 mindestens 30 % der Meeresflächen unter Schutz zu stellen.

Kurzversion in Stichpunkten

- EU bis 2040 klimaneutral, EU-Klimaziel bis 2030: 70%
- Größerer Klimasozialfonds und in DE Klimageld
- CCS-Verbot, Fracking-Verbot, Atom Phase-Out, E-Fuel-Verbot, Verbrenner-Aus bis 2028
- Wasserstoff nur auf Basis von Ökostrom
- Massiver Ausbau erneuerbarer Energien, schrittweise Abschaffung fossiler Brennstoffe
- Förderung Kreislaufwirtschaft
- ÖPNV-Ausbau: Bis 2030 Anteil von mindestens 30% am Gesamtverkehrsaufkommen
- Abschaffung aller umweltschädlichen Subventionen
- Natura 2000 ausweiten, bis 2030 mindestens 30% der Meeresflächen unter Schutz stellen
- GAP-Reform, Gelder stärker an Umwelt- und Tierschutzstandards knüpfen, Glyphosatverbot
- Positivliste für Haustiere, Tierversuche verbieten

FDP – „Europa. Einfach. Machen.“

[\[Programm als PDF\]](#)

Das FDP-Europawahlparteiprogramm zeigt aus umweltpolitischer Sicht eine eher zurückhaltende und marktzentrierte Herangehensweise. Das Programm ist stark auf die Förderung von Marktfreiheit ausgerichtet. Die Betonung liegt deutlich auf Innovation und Technologieoffenheit, um die europäische Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Bei Klima- und Umweltschutzmaßnahmen wird auf Anreiz und Flexibilität statt Ordnungsrecht gesetzt.

Die FDP fordert eine **Regulierungspause beim Green Deal** und lehnt viele Maßnahmen im Rahmen von Fit for 55 ab. Die FDP befürwortet den Einsatz von Emissionshandel zur Erreichung der europäischen Klimaziele, strebt aber die Zusammenlegung von ETS I und ETS II an, um mittelfristig eine einheitliche CO₂-Bepreisung zu erhalten. Auch verbliebene Emissionsquellen wie Abfall- und Landwirtschaft sollen einbezogen werden. "Kleinteilige Regulierungen" wie die Ökodesign-Verordnung und zusätzliche CO₂-Bepreisungen durch Energiesteuern werden abgelehnt. Auch das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM), die EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) und andere zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen wie Flottengrenzwerte werden abgelehnt. Das EU-Klimaziel soll um ein eigenes Negativemissionsziel erweitert werden, eine "innovationsfreundliche" Regulierung für CCS und CCU wird unterstützt. Die Partei möchte negative Emissionen durch Aufforstung oder technische Verfahren mit kostenlosem CO₂-Zertifikaten belohnen. Auch CO₂-Bindung im Agrarbereich soll berücksichtigt werden.

Unter dem Schlagwort „**Technologieoffenheit**“ unterstützt die FDP verschiedene Technologien wie E-Fuels, Wasserstoff, Fusionstechnologie und Small Modular Reactors. Sie fordert den Abbau regulatorischer und bürokratischer Hürden für den Ausbau von Wasserstoffnetzen. Kernfusion als potenzielle klimaneutrale Energiequelle wird unterstützt, ebenso wie die Substituierung fossiler Kraftstoffe durch synthetische.

Die FDP strebt die Einführung eines neuen marktwirtschaftlichen **Strommarktdesigns** an, das die Integration von Energiespeichern und erneuerbaren Energien in den Markt ohne staatliche Hilfen ermöglicht. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen auf Vorhaben mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen beschränkt werden und europarechtliche Hürden reduziert werden, um Planungsprozesse zu beschleunigen. Zudem setzt sie sich für den Ausbau des Stromnetzes zwischen den Mitgliedstaaten ein und befürwortet die Schaffung eines Europäischen Energiebinnenmarkts.

Die FDP schlägt die Einführung von **Biodiversitäts**-Zertifikaten vor, um Marktanreize für den Schutz der Biodiversität zu schaffen, und fordert die Überprüfung von Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt. Der europäische Wolfsschutzstatus soll abgesenkt werden in Regionen, in denen ein „gesunder Erhaltungszustand“ erreicht ist.

Im Bereich der **Agrarpolitik** strebt die FDP einen schrittweisen Abbau der flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule über einen Zeitraum von 15 Jahren an. Sie plädiert für eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen durch Bürokratieabbau (Once-Only-Prinzip), die Rücknahme von verpflichtenden Flächenstilllegungen und die Schaffung gleicher Standards und Produktionsbedingungen in allen EU-Ländern. Zudem unterstützt sie Innovationen in der Landwirtschaft, einschließlich Gentechnik, durch schnellere Zulassungsverfahren sowie die Forderung nach einer vollständigen Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts. Ein pauschales Verbot von Pflanzenschutzmitteln (inkl. PFAS) wird ebenso abgelehnt. Europaweite Mindeststandards für den Tierschutz werden unterstützt, sollen kleinere und mittlere Betriebe aber nicht überfordern. In der

Fischereipolitik lehnt die FDP die Unterstellung des Freizeitangelns unter die Gemeinsame Fischereipolitik ab.

Kurzversion in Stichpunkten

- Einsatz von Emissionshandel und „Technologieoffenheit“ zur Erreichung der europäischen Klimaziele
- Zusammenlegung ETS 1 und 2 für effizientere Emissionsreduktionen, verbliebene Emissionsquellen wie Abfall- und Landwirtschaft einbeziehen. Mittelfristiges Ziel: einheitliche CO₂-Bepreisung
- Ablehnung vieler bestehender Green Deal Regelungen (Ökodesign, EPDB, Verbrenner-Aus etc.)
- Unterstützung einer „innovationsfreundlichen“ Regulierung für die CCS und CCU
- „Belohnung“ von negativen Emissionen durch kostenlose CO₂-Zertifikate
- Beschleunigung des Ausbaus von Infrastruktur und erneuerbaren Energien durch Weichenstellung auf EU-Ebene, Abbau europarechtlicher Hürden für Planungsbeschleunigung durch mehr Spielraum für Mitgliedstaaten, Förderung von Kernfusion
- Kritik an EU-Lieferkettengesetz, der EU-Verpackungsverordnung und dem CBAM
- Unterstützung von u a E-Fuels, Wasserstoff, Fusionstechnologie, Small Modular Reactors
- Abbau regulatorischer und bürokratischer Hürden für Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe
- Diversifizierung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und Energie
- Einführung von Biodiversitäts-Zertifikaten, um Marktanreize für den Schutz der Artenvielfalt zu schaffen
- Ablehnung eines pauschalen Verbots von PFAS
- Schrittweiser Abbau der flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule über einen Zeitraum von 15 Jahren, „gute Agrarpolitik geht auch ohne Geld“, stattdessen: Wettbewerbsbedingungen verbessern durch Bürokratieabbau (Once-Only-Prinzip), Rücknahme von verpflichtenden Flächenstilllegungen, gleiche Standards und Produktionsbedingungen in allen EU-Ländern
- Europaweite Mindeststandards für den Tierschutz, die kleinere und mittlere Betriebe nicht überfordern
- Unterstützung von Innovationen in der Landwirtschaft, einschließlich Gentechnik, durch schnelle und wissenschaftlich fundierte Zulassungsverfahren sowie Forderung nach einer vollständigen Neuordnung („risikoangepasst und technologieoffen“) des europäischen Gentechnikrechts, einschließlich der Bewertung neuer Züchtungstechniken wie CRISPR/Cas9
- Ablehnung „ideologischer Vorverurteilungen“ und pauschaler Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln

AfD – „Europa neu denken.“

[\[Programm als PDF\]](#)

Das Europawahlprogramm der AfD zeichnet sich durch eine grundlegende Ablehnung der bestehenden EU-Strukturen sowie eine nationalistische und anti-europäische Ausrichtung aus. Die Partei propagiert die Abschaffung der EU-Kommission und des Europaparlaments zugunsten eines losen Verbunds souveräner Nationalstaaten. Darüber hinaus äußert die AfD eine vehement pro-russische Haltung, indem sie die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland fordert und den Ausbau von Handelsbeziehungen unterstützt, einschließlich der umstrittenen Nord-Stream-Gasleitungen. Mit der Leugnung des menschengemachten Klimawandels vertritt die AfD eine klar anti-wissenschaftlichen Haltung. Der Green Deal wird von der AfD als "ökosozialistisches Projekt" abgelehnt.

Kurzversion in Stichpunkten

- Ablehnung der EU als "ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt".
- EU-Kommission und das Europaparlament sollen abgeschafft werden.
- "Bund europäischer Nationen" mit einem soll Binnenmarkt eingeführt werden.
- Forderungen nach sofortiger "Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland" und der Wiederherstellung des "ungestörten Handels mit Russland" sowie der Nord-Stream-Gasleitungen.
- Vollständige Ablehnung des Green Deals als "ökosozialistisches Projekt":
- "Die Behauptung einer Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel [basiert] nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen".

BSW – “Programm für die Europawahl 2024”

[\[Programm als PDF\]](#)

Der BSW sieht die gegenwärtige Form der Europäischen Union als schädlich für die Idee eines vereinten Europas an und kritisiert insbesondere die als überbordend empfundene Bürokratie und undemokratische Entscheidungsprozesse. Das BSW fordert eine umfassende Reform der EU, die transparenter sein soll und den politischen Einfluss auf die Mitgliedstaaten begrenzen würde. Die nationalen Parlamente sollen mehr Mitspracherecht erhalten. Eine Stärkung der EU-Kompetenzen oder höhere EU-Budgets werden abgelehnt.

Die BSW nennt keine konkreten Klimaziele und äußert keine klaren Absichten zur Erreichung von Klimaneutralität. Sie erkennt zwar die Existenz der Klimakrise an und betont die Notwendigkeit von Konzepten zur Bewältigung, lehnt jedoch viele der europäischen Klimaschutzmaßnahmen ab. Das BSW kritisiert den **Europäischen Green Deal** und dessen Folgeprogramme als von Lobbyinteressen geprägt. Im **Energiesektor** plädiert der BSW für eine Rückkehr zu Öl- und Gaslieferungen aus Russland sowie langfristige Energieverträge. Sie lehnen LNG aus Fracking Gas als keine sinnvolle Alternative zu Pipelinegas ab und setzen stattdessen auf eine europäische Wasserstoffwirtschaft. Die Förderung von Speichertechnologien und Bürgerenergieprojekten wird unterstützt. Das BSW fordert eine technologieoffene Minderung von Treibhausgasen im **Verkehrssektor** und lehnt die CO₂-Bepreisung und den CO₂-Emissionshandel als ineffektive und verbraucherschädliche Instrumente ab. Stattdessen sollen Investitionen in den öffentlichen Verkehr und emissionsarme Technologien getätigt werden. Auch das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) wird abgelehnt.

In der **Landwirtschaftspolitik** wird der Schutz von Umwelt und Verbraucher*innen betont. Dies beinhaltet die Forderung nach umweltgerechter Tierhaltung sowie die unbürokratische Unterstützung von klima- und umweltschonender Anbausysteme. Des Weiteren spricht sich das BSW gegen Agrotechnik und Patente auf Leben aus.

Kurzversion in Stichpunkten

Positionen zur Europäische Union

- Die EU in ihrer aktuellen Verfassung schadet der europäischen Idee, „kafkaeske EU-Regelungswut“, demokratiefeindliche „EU-Technokraten“
- Ziel: ein selbstbewusstes Europa souveräner Demokratien
- Keine höheren EU-Budgets, EU-Schuldenregeln bremsen Investitionen, "Europäische Semester" soll abgeschafft werden.
- Eine grundlegende Reform des Vergaberechts ist nötig, das EU-Beihilferecht muss radikal reformiert werden.
- Das Haushaltsverfahren und die Verhandlungen müssen transparenter werden.
- Die EU darf nicht mehr politischen Einfluss gegenüber den Mitgliedstaaten gewinnen.

Forderungen und Standpunkte zu Klima, Energie, Umwelt

- Keine konkreten Klimaziele oder Absichten zur Erreichung von Klimaneutralität
- Anerkennung der Existenz der Klimakrise und der Notwendigkeit von Bewältigungskonzepten, aber Ablehnung vieler europäischer Klimaschutzmaßnahmen als sinnlos oder “aberwitzig”

- Kritik am EGD und seinen Folgeprogrammen als von Lobbyinteressen geprägt, schlecht durchdacht und vielfach klimaschädlich.
- Öl- und Gaslieferung aus Russland wieder aufnehmen und langfristige Energieverträge schließen.
- Ablehnung LNG aus Fracking Gas als keine sinnvolle Alternative zu Pipelinegas.
- Rückstand in der Förderung grüner und digitaler Technologien wird beobachtet
- Benachteiligung von KMU im Vergaberecht gegenüber multinationalen Konzernen problematisch,
- Förderung innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale, naturverträgliche Wirtschaft.
- Technologieoffene Minderung von Treibhausgasen im Verkehrssektor, „statt mit dem Verbrenner-Aus und ruinösen Energiesanktionen den ökologischen Umbau zu erschweren“
- Abschaffung CO2-Bepreisung und CO2-Emissionshandels, da kein wirksames Instrument für mehr Klimaschutz
- Ablehnung der Einführung neuer Einnahmequellen wie CO2-Emissionshandel, Unternehmensbesteuerung oder CBAM
- Investitionen in den öffentlichen Verkehr und emissionsarme Technologien.
- Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft, Förderung von Speichertechnologien und Bürgerenergieprojekten, Rücknahme der Netzinfrastruktur in nationale Regie.
- Stabile und gerechte Handelsbeziehungen, die Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie garantieren
- Landwirtschaftspolitik im Interesse der Verbraucher und des Umweltschutzes.
- Förderung tierwohl- und umweltgerechter Tierhaltung und Agrartechniken, die Landwirte vor großen Agrarkonzernen schützt
- Angemessene und unbürokratische Förderung von umwelt-, boden- und klimaschonenden Agrartechniken und Anbausystemen
- Ablehnung von Agrogentechnik und Patente auf Leben.